

Beschluss der 21. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen und Gleichstellungsbeauftragten in Düsseldorf vom 22.04. bis 24.04.2012

Frau Schröder, packen Sie es endlich an! Setzen Sie die Empfehlungen des Gutachtens zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung um!

Beschluss:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fordert die Bundesregierung auf, den Empfehlungen der Sachverständigenkommission an das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung zu folgen. Dazu sollten zeitnah entsprechend Gender Mainstreaming alle Ministerien die Schritte zur Umsetzung der Vorschläge in den Bereichen Recht, Bildung, Wirtschaft, Arbeit und Soziales untereinander abstimmen und präsentieren.

Insbesondere sollten die die Bundesministerien betreffenden Themen umgehend aufgegriffen und bearbeitet werden. Dazu zählen wir die Stellschrauben im Steuerrecht, in der Sozialgesetzgebung, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten und einen besseren Ausbau der Kinderbetreuung.

Begründung:

Die Stellungnahme der Bundesregierung vom Juni 2011 zum Gutachten „Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung im Lebenslauf“ bleibt weit hinter den Empfehlungen der Sachverständigenkommission zurück und ist sehr enttäuschend. Die zentralen Empfehlungen, wie die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung, oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und einer gesetzlichen Geschlechterquote hat die Bundesregierung bis jetzt nicht konkret aufgegriffen. Absichtserklärungen reichen nicht mehr aus. Es ist peinlich darauf warten zu müssen, dass Deutschland wegen verfehlter, mangelhafter Gleichstellungspolitik von der Europäischen Union angezählt wird.